

Presseerklärung der GEW und des Gesamtschulverbands Niedersachsen zum Schulgesetz

Gesamtschulen mit ihrer vielfältigen Schülerschaft und ihrer in höchstem Maße differenzierende Arbeit als „Einheitsschule“ zu verunglimpfen um Privilegien für die eigene Schulform zu retten, ist schlechter Stil und zeigt von mangelnder Sachkenntnis. Anders als alle anderen Schulen werden Gymnasien besonders „geschützt“ – dafür sorgt das neue Schulgesetz. Und welcher Schulträger würde auch sein Gymnasium aufgeben? Gymnasien brauchen die Konkurrenz von Gesamtschulen nicht zu fürchten – einen Vorzug, den die IGS hatte, schafft das neue Schulgesetz jetzt ab: das Abitur nach neun Jahren wird nun auch am Gymnasium wieder zum Regelfall. Und damit kommen wir zu den großen positiven Veränderungen, die das Gesetz für alle bringt: mehr Zeit zum Lernen, mehr Zeit für Leistung und individuelle Förderung mit weniger Druck, von der Grundschule bis zum Abitur. Und von den immensen Ressourcen, die in eine vernünftige Ganztagschule fließen, profitieren wir alle. Die Kultusministerin hat wie keiner ihrer Vorgänger den Dialog mit den Beteiligten gesucht und Entscheidungsprozesse so transparent angelegt, wie wir es noch nicht erlebt haben. Schade, dass diesem Politikstil mit unsachlichen Behauptungen, Panikmache und Instrumentalisierung von Schülern begegnet wird. Wir wünschen uns jedenfalls keine Basta-Politik zurück. Auch die GGG und die GEW haben Kritik am Schulgesetz. Von „einer Schule für alle“ bleibt Niedersachsen weit entfernt und vom expliziten Schutz der Gymnasien halten wir nichts. Wir werden den Dialog weiter suchen. Und wenn die Hysterie über den angeblichen Schulkampf abgeebbt ist, werden wir ihn auch mit den Gymnasien führen. Vor Ort klappt er nämlich zwischen IGS und Gymnasium sehr oft erstaunlich gut.

Susanne Pavlidis
GGG-Landesvorsitzende

Eberhard Brandt
GEW-Landesvorsitzender